

## **Angola und Kongo – zwei ungelöste Fälle**

**Die Aktion Finanzplatz Schweiz, die Erklärung von Bern und Global Witness sind empört über die Passivität der Genfer Justiz in einem mit Angola verknüpften Korruptionsfall und haben dies öffentlich kundgetan. In der Demokratischen Republik Kongo hat die Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit Geldern des Ex-Diktators Mobutu an die Regierung appelliert, mit den Schweizer Behörden zusammenzuarbeiten.**

Im Dezember 2006 haben sechs angolanische Staatsbürger beim Genfer Generalstaatsanwalt Daniel Zappelli Anzeige erstattet, um die Fortführung eines seit sieben Jahren hängigen Korruptionsverfahrens zu erreichen. Es geht um Erdöleinnahmen, die für die Rückzahlung angolanischer Schulden an Russland bestimmt waren. Von den ursprünglich 774 Millionen US-Dollar, die auf ein UBS-Konto der Firma Abalone in Genf überwiesen wurden, sind nur 161 in Russland angekommen. Ungefähr 600 tauchten auf anderen Konten wieder auf, hinter denen zum Teil hochrangige angolanische Staatsdiener, darunter Präsident Dos Santos, stehen.

Bis heute haben weder Zappelli noch der zuständige Genfer Untersuchungsrichter Vincent Fournier auf die Anzeige der angolanischen Bürger reagiert. Die Aktion Finanzplatz Schweiz, die Erklärung von Bern und Global Witness haben daher kürzlich einen offenen Brief an Zappelli und Fournier geschickt und gleichzeitig die Medien informiert. Im gemeinsamen Pressecommuniqué wird AFP-Mitarbeiter André Rothenbühler mit den Worten zitiert, die Justizbehörden, insbesondere im Kanton Genf, müssten dem Kampf gegen Korruption und Geldwäsche eine hohe Priorität einräumen: „Es geht um die Glaubwürdigkeit der in diesen Bereich von der Schweiz eingegangenen internationalen Verpflichtungen.“

Auch im Fall der in der Schweiz blockierten Vermögenswerte des Ex-Diktators Mobutu geht es nicht voran. Ob die Gelder über 2008 hinaus blockiert bleiben, ist unwahrscheinlich. Die Schweizer Behörden haben laut eigenen Angaben alles getan, um die Regierung der Demokratischen Republik Kongo dazu zu bewegen, einen Bevollmächtigten in der Schweiz zu benennen, doch ohne Erfolg. Auch sei es nicht gelungen, mit Mobutus Erben in Kontakt zu treten, um allenfalls eine aussergerichtliche Einigung zu erzielen. Zahlreiche lokale Nichtregierungsorganisationen sind jetzt aktiv geworden und haben in den Medien an ihre Regierung appelliert, dem Wunsch der Schweiz endlich nachzukommen. (aro)